

Tätigkeitsbericht
Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen

2013



Ansprechpartner:

Linnéa Keilonat

Inssan e.V.

Gitschiner Str. 17

10969 Berlin

Tel: 030 - 20 61 96 39

Fax: 030 - 20 61 96 42

E-Mail: antidiskriminierung@inssan.de

Einleitung

Das „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ konnte 2013 erfolgreich fortgesetzt werden. Immer mehr Muslime kennen das Netzwerkprojekt, und die Zahl der Betroffenen, die das Beratungsangebot des ADNB in Anspruch nehmen, wächst kontinuierlich. Trotz der positiven Entwicklung ist uns klar, dass wir uns noch immer auf einem niedrigen Niveau bewegen und hier weitere Anstrengungen unbedingt notwendig sind, da nach unseren Erfahrungen die Dunkelziffer enorm hoch ist. Die Nachfrage nach Empowermentangeboten in der Community ist gewachsen, es konnten unterschiedliche Angebote gemacht werden, die Nachfrage und der Bedarf damit aber nicht annähernd gedeckt werden. Auch stellen wir auch fest, dass Empowerment schwierig wird, wenn das Beratungsangebot sich nicht mit den Bedürfnissen der Menschen weiterentwickelt.

Die positivste Entwicklung in 2013 ist das wachsende Interesse der Moscheen und Vereine an dem Projekt und ihr Wunsch, die Zusammenarbeit zu intensivieren. Auch die Öffentlichkeitsarbeit war über Erwarten erfolgreich. Die Netzwerke des Projekts und die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren konnten sehr gut ausgebaut werden. Eine wichtige Rolle spielten hierbei die vom Open Society Institute gegründeten Netzwerke, von denen das Projekt ein Teil war, obwohl dies viele zusätzliche (und nicht extra finanzierte) Treffen und Aktivitäten beinhaltete. Für die Etablierung von Antidiskriminierungsstrukturen im Schulbereich ist sehr vieles getan und erreicht worden, allerdings fehlt es letztlich noch immer an Finanzierungsmöglichkeiten.

Ergebnisse

1. Dokumentation und Auswertung

2013 haben wir ein überarbeitetes Monitoring System eingeführt, mit Unterstützung von RADAR, die für die Erfassung sämtlicher Diskriminierungen in den südlichen Niederlanden zuständig ist. Denn dieses System weist einen hohen Grad an Professionalisierung auf und eignet sich sehr gut für unseren Bedarf.

Im Jahr 2013 haben uns insgesamt 71 Diskriminierungsfälle erreicht. Dies auf unterschiedlichen Wegen, mehrheitlich durch den Online Meldebögen auf der Website des Projekts (www.netzwerkdiskriminierung.de), per Telefon, Mail sowie durch die im Rahmen des Projektes geschulte Antidiskriminierungsbeauftragte oder Multiplikatoren aus den muslimischen Gemeinden.

Bei 59 % der Betroffenen handelt es sich um weibliche Personen. Männliche Personen haben einen Anteil von 23 %, der übrig bleibende Teil (18%) hat hierzu keine näheren Angaben gemacht, da es sich bei diesen hauptsächlich um Diskriminierungen oder islamfeindliche Vorfälle gegenüber muslimischen Einrichtungen handelt und keine Einzelpersonen betroffen sind.

Bei der Altersspanne sind 30 % (27) der Betroffenen unter 27 Jahren, 39 % (28) zwischen 27 und 50 Jahren und lediglich 4 % (3) über 50 Jahre alt. Fast ein Drittel der Befragten, 27 % (19), haben keine Altersangaben gemacht, was im Hinblick auf ... nicht verwunderlich ist.

Sowohl bei der Frage nach dem Diskriminierungsmerkmal als auch bei Diskriminierungsbereich sind Mehrfachnennungen möglich.

Die absolute Mehrheit der Diskriminierungen haben einen religiösen Bezug 96 % (68). Das Merkmal Ethnische Herkunft haben 17 % (12) der Befragten angegeben, Geschlecht als Merkmal gaben lediglich 4 % (3) der Befragten an. Alle anderen Merkmale sind unter Sonstige summiert und machen einen Anteil von lediglich 1 % (1) aus.

Bei den Diskriminierungsfällen, wo ein religiöser Bezug besteht, ist ein hoher Anteil dabei, welches als Ursache das Tragen eines Kopftuches als Diskriminierungsmerkmal angibt.

Die meisten Diskriminierungsfälle sind mit 32 % (22) im Bereich sozialer Nahraum angesiedelt, gefolgt vom Bildungsbereich mit 28 % (19) und Arbeit mit 20 % (14). Weitere Meldungen stammen aus den Bereichen Güter/ Dienstleistungen mit 13 % (9), Ämter/Behörden mit 4 % (3), dicht gefolgt vom öffentlichen Raum mit 2 % (1). Alle übrigen Bereiche sind unter Sonstige mit 1 % (1) vertreten.

Die Ergebnisse wurden im Rahmen unserer Öffentlichkeits- und Advocacy Arbeit genutzt. Sie wurden zudem auf der Website und über Facebook publiziert. Die von uns 2012 erfassten Hate Crimes haben wir auf Englisch übersetzen lassen (durch eine Praktikantin) und an den Menschenrechtsbeauftragten der OSZE weitergeleitet, da bisher in dem jährlich erscheinenden Bericht der OSZE aufgeführt wurde, dass es Null Hate Crimes in Deutschland gegenüber Muslimen gibt.

2. Empowerment

Kooperation mit und Empowerment der Moscheen:

Die Zusammenarbeit mit den Moscheen konnte 2013 weiter ausgebaut werden. Wir standen in regelmäßigen Austausch mit den Verantwortlichen der Moscheen und Verbände. Oft geschah dies zwischendurch persönlich, telefonisch oder per Mail. Es wurden aber auch zahlreiche extra Termine vereinbart, um über die Kooperation im Rahmen des Projekts zu sprechen. Einige wichtige Treffen/Ergebnisse sind im Folgenden aufgelistet.

- Im Januar/ Februar wurden alle Antidiskriminierungsbeauftragten kontaktiert. Meldungen aus 2012 eingesammelt, Erfahrungen und Möglichkeiten zur Aktivität 2013 besprochen. Neue Fragebögen und Infomaterialien weitergegeben.
- Die von unserer Praktikantin erstellte (und auf die Website gestellte) Liste der Moscheen und muslimischen Vereine in Berlin wurde genutzt, um im

- Januar/Februar alle Moscheen in Berlin durchzutelefonieren, um (erneut) über das Projekt zu informieren und für Unterstützung zu werben. Allerdings muss gesagt werden, dass nicht alle auch telefonisch erreichbar waren (während normaler Bürozeiten).
- Insgesamt wurden 14 DITIB Gemeinden, 12 Föderationsgemeinden, 9 VIKZ Gemeinden und 20 sonstige Gemeinden in das Netzwerk einbezogen. Sonstige Gemeinden sind: Islamisches Kulturzentrum der Bosniaken, Semerkant Moschee, Bilal Moschee, Islami Tahrik, (Urdu), Indonesische Gemeinde, IBMUS, DMK, IKEZ, IZDB, Teiba, Moschee Beusselstraße, Al Rahma, Bangladesch Moschee, Dar as Salam, Manhaj ul quran, Haus der Weisheit, Vahdet, IGS, Berliner Studentenverein, Mutes. Mit allen wurden persönliche Gespräche geführt, zumeist 2mal, außerdem gab es sehr vielfältige Kontakte zwischendurch per Telefon, mail oder im Rahmen von Veranstaltungen. Alle haben Materialien von uns bekommen, und es wurden Möglichkeiten besprochen, wie sie im Rahmen des Netzwerks aktiv werden können. Es gibt den Wunsch in der Community, dass die Moscheen zukünftig nicht einfach nur Partner sondern auch Träger des Projekts sind. Diese Idee unterstützen wir (siehe unten).
 - Bei einem Besuch der Verwaltungsratssitzung (sowas wie erweiterter Vorstand) der Islamischen Föderation am 13.1. wurden ausführlich die Erfahrungen des Projekts vorgestellt und diskutiert. Die IFB vertritt 12 Moscheen in Berlin. Es gab ein großes Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit und stärkeren Einbindung in das Netzwerkprojekt. Auch die Frage, ob das Projekt nicht in gemeinsamer Trägerschaft durchgeführt werden kann wurde diskutiert (s.u.). Konkrete Formen der Zusammenarbeit wurden auf einem Treffen mit dem Vorstand der Islamischen Föderation am 25.7. vereinbart. Nach dem Freitagsgebet wurde in allen 12 Moscheen der Föderation über das Netzwerkprojekt, die Antidiskriminierungsbeauftragten und die Unterstützung des Projekts durch die Moscheen berichtet. Infomaterialien wurden verteilt. Es wurde hierfür von uns ein Text zur Verfügung gestellt. Meldungen werden über die Antidiskriminierungsbeauftragten, mit denen wir in Kontakt stehen, weitergeleitet. Neben den Antidiskriminierungsbeauftragten wurde noch eine weitere Verantwortliche für Diskriminierung ernannt, die auch in der Föderation arbeitet, um so auch die direkte Zusammenarbeit mit dem Büro der IFB zu gewährleisten. Sie hat hierfür von uns eine Einführung in die Antidiskriminierungsarbeit bekommen.
 - Mit dem Vorstand der Bilal Moschee wurde vereinbart (und umgesetzt): ein von uns verfasster Text zum Projekt wurde in dem Gemeindeblatt des DMK - Bilal Moschee publiziert. Auf der Website wurde ein Text zum Projekt und ein Link zum Fragebogen und zu unserer Broschüre gepostet. Eine neue Verantwortliche wurde ernannt, die auch die eingehenden Hassmails, islamophobe Schmierereien an uns weiterleitet.
 - Am 23.7. wurde bei einem Gespräch mit dem Vorstand des Islamischen Zentrums für Dialog und Bildung die Vertiefung der Kooperation vereinbart. Das IZDB hat eine neue Beauftragte für Diskriminierung ernannt, die auch dafür verantwortlich

ist, dass die bei ihnen eingehenden Meldungen an uns weiter geleitet werden. Die neue Beauftragte hat uns daraufhin auch wiederholt kontaktiert, u.a. hat sie uns um die Durchführung eines Empowermentworkshops in ihrer Moschee für die Jugendlichen gebeten, was wir dann auch umgesetzt haben (s.u.). Bei einem weiteren Gespräch mit dem Vorsitzenden wurde die Präsentation nach dem Freitagsgebet vereinbart.

- Eine Vertreterin von Juma hat von uns eine Einführung in die Antidiskriminierungsarbeit bekommen, um so Ansprechpartnerin für die bei Juma aktiven Jugendlichen zu sein.
- Mit Dar as Salam wurde Anfang des Jahres eine Veranstaltung und eine Ausstellung vereinbart. In der zweiten Jahreshälfte wurde eine Predigt zum Thema Diskriminierung vereinbart. Der Text wurde von uns zur Verfügung gestellt.
- Der Vorsitzende der An Nur Moschee hat in einem persönlichen Gespräch das Thema als ein Problem vor allem der Frauen bezeichnet, war auch davon nicht abzubringen, also haben wir uns auf die Kooperation mit den Frauen konzentriert. Zur Festigung der Kooperation wurde die Leiterin der Frauengruppe von uns in die Antidiskriminierungsarbeit eingeführt.
- Mit dem Vorstand der (in den Medien als salafistisch bezeichneten) As Sahaba Moschee ist kein Gespräch zustande gekommen. Allerdings ist es uns gelungen, eine in der Frauengruppe aktive Frau für die Kooperation zu gewinnen und sie in die Antidiskriminierungsarbeit einzuführen.
- Ein sehr aktives Mitglied der Muslimischen Jugend wurde von uns in die Antidiskriminierungsarbeit eingeführt.
- Zu der Ditib mit ihren insgesamt 12 Moscheen gab es im Laufe des Jahres vielfältige Kontakte. Es wurden mehrere Beratungsfälle weitergeleitet, das Projekt mehrmals in der Jugendgruppe vorgestellt. Alle Moscheen wurden über die Zentrale erneut informiert und mit neuen Materialien versorgt. (Viele DITIB Moscheen werden nur für Gebete genutzt, ohne weitere Aktivitäten, deswegen haben wir vor allem mit der Sehitlik Moschee und der Zentrale zusammen gearbeitet.)
- Zu VIKZ gehören 9 Moscheen. Sie sind sehr zurückgezogen und pflegen fast gar keine Kontakte zu anderen muslimischen Vereinen oder sonstigen gesellschaftlichen Akteuren, daher ist eine Kooperation schwierig. Auffällig an dem Gespräch mit dem Vertreter des VIKZ war dessen Wahrnehmung, dass sich doch sowieso niemand trauen würde, was gegen Diskriminierung zu machen, und dass die Menschen meinten, sie hätten nicht das Recht sich gegen Diskriminierung zu wehren. Dies unterscheidet sich inzwischen deutlich von anderen Ansprechpartnern. Also, dringender Empowermentbedarf. Wir haben auch in der Vergangenheit Veranstaltungen bei VIKZ angeboten, aber da sie so verschlossen sind, war die weitere Kooperation schwierig, mit der Folge, dass ihre Mitglieder auch hinterherhinken, was ihre Fähigkeit anbelangt mit Diskriminierung umzugehen. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass es doch ein

starkes Gefühl für ungerecht behandelt werden gibt und auch den Wunsch gibt – wenn auch vorsichtig formuliert – dagegen besser gewappnet zu sein, so dass neue Veranstaltungen im nächsten Jahr durchgeführt werden können.

- In den Gesprächen in der Bosnischen Gemeinde zeigt sich, dass es in der älteren Generation (und damit auch bei dem Imam) die Meinung noch immer gibt, als Europäer seien sie ja nicht von Diskriminierung betroffen. Mit den jüngeren, die auch die gesamte praktische Arbeit machen, gibt es aber eine gute Zusammenarbeit.
- Zahlreichen Moscheen wurden – wie in den Treffen mit ihnen vereinbart – Texte zur Verfügung gestellt, die teils auch übersetzt wurden, damit die Hojas, Imame, Gruppenleiter das Projekt selbstständig vorstellen können nach dem Freitagsgebet oder in der Gruppe. Dazu zählen Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung, Islamisches Kulturzentrum, Teiba, Islami Tahrik, Islamisches Kultur und Erziehungszentrum. Andere, wie die DITIB Vertreter oder Vertreter der Bosnischen Gemeinde kannten das Projekt so gut, dass sie selbständig auf die Arbeit des Projekts aufmerksam machen konnten.
- Außerdem wurde mit der Türkischen Gemeinde Berlin, der über 70 Vereine angehören, über Kooperationsmöglichkeiten gesprochen. Die TGB war grundsätzlich sehr interessiert, allerdings macht die Konkurrenz zwischen TGB und TBB die Sache etwas schwierig. Die TGB ruft auf, Diskriminierungen zu melden. Da in ihren zahlreichen Vereinen viele Diskriminierungserfahrungen „ankommen“, sehen sie grundsätzlich gute Möglichkeiten für eine Kooperation. Die Möglichkeit, dass das Netzwerk Empowerment für die Mitglieder anbietet wurde erörtert und begrüßt, aber bisher nicht umgesetzt. Zum TGB wurden die Grundlagen für eine gute Zusammenarbeit gelegt, die konkrete Umsetzung muss noch erfolgen.

Die aufgezählten Punkte sind keine vollständige Aufzählung, sondern nur wichtige Ergebnisse.

Weitere Aktivitäten Empowerment

Von Moscheen wurde immer wieder der Wunsch nach Info/Empowermentveranstaltungen geäußert. Obwohl dies nur begrenzt Teil unserer Planungen für 2013 war, haben wir daher über unsere ursprünglichen Planungen hinaus verschiedene Angebote durchgeführt.

World Cafe:

Am 19.9. haben wir ein World Cafe durchgeführt zu dem Thema „Was können die muslimischen Gemeinden gegen Islamfeindlichkeit und Diskriminierung machen?“ Nach Inputs von Mazyek (Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime), Cetin (Vorsitzender

Shehetlik, DITIB), Altin (Präsident der Islamischen Föderation in Berlin) und Haschemi (Anwältin, ehem. Mitarbeiterin vom ADNB) wurden an drei Thementischen verschiedene Fragestellungen erörtert. Die wichtigsten Ergebnisse des World Cafes finden sich im Anhang.

Empowermentworkshops:

Ein erster Antidiskriminierungs-Workshop fand in der Herbert Hoover Oberschule in Wedding am 30.08.2013 statt. (Im Rahmen von Grassroots s.u. Das Netzwerk hat konzeptionell, inhaltlich und bei der Durchführung mitgewirkt, war aber nicht Koordinator.) Den Trainern standen lediglich zwei Unterrichtsstunden zur Verfügung. Neben den Fragen, was ist Diskriminierung und welche Handlungsoptionen gibt es wurde vor allem den Teilnehmern Raum für die Thematisierung eigener Erfahrungen gegeben.

Aus diesen Erfahrungen heraus wurde ein Konzept entwickelt für unsere 5-stündigen Workshops für muslimische Jugendliche und Heranwachsende. Da in Hamburg das YES Projekt bereits seit drei Jahren mit der gleichen Zielgruppe Antidiskriminierungs-Workshops u.a. in Schulen durchführt, haben wir nach einem intensiven Austausch mit der Leiterin des Projekts, Sally Mary Riedel das Konzept nochmals überarbeitet und Methoden entwickelt, die auf die muslimischen Jugendlichen und Heranwachsenden zugeschnitten wurden. Außerdem wurden die Ergebnisse des kleinen Projekts von 2012 „Empowerment von Musliminnen und Muslimen in Kreuzberg – Netzwerkbildung und Konzeptentwicklung“ an dem wir mitgewirkt haben, aufgegriffen.

Die Zielgruppe der Workshops sind muslimische Jugendliche und Heranwachsende zwischen 14-24 Jahren. Wir hatten 5 Stunden angesetzt, allerdings hat sich gezeigt, dass dies zu kurz ist. Trotz dessen wurden alle wesentlichen Bausteine des Workshops den Teilnehmerinnen vermittelt.

Alle beteiligten Trainerinnen waren religiöse Muslime, was zentral für den Erfolg der Workshops ist, da so das nötige Vertrauen geschaffen wird, ein geschützter Rahmen geschaffen wird, wo die TeilnehmerInnen über eigene Diskriminierungserfahrungen berichten können und weil Religion eine zentrale Rolle spielt für die Betroffenen beim Umgang mit Diskriminierungserfahrungen und zentral ist für die Selbststärkung und daher nicht außen vor gelassen werden kann.

Die Workshops wurden am 07.12. und am 14.12.13 durchgeführt. Das Feedback der Teilnehmerinnen war ausgesprochen positiv, einzig der zu enge zeitliche Rahmen wurde bemängelt.

Weitere Veranstaltungen zu Diskriminierung:

- Am 3.9.2013 wurde im Anschluss an den Jugendkreis in der Teiba Moschee eine Veranstaltung zu Diskriminierung durchgeführt.
- Veranstaltung zu Diskriminierung im Dar as Salam am 16.4.
- Wir haben auch die Zusammenarbeit mit dem Muslimischen Seelsorgetelefon vertieft, da dieses für Menschen in Not häufig erster Ansprechpartner ist und auch immer wieder in Fällen von Diskriminierung kontaktiert wird. Für die Seelsorger wurde am 27.5. eine Fortbildung zum Antidiskriminierungsrecht und Handlungsoptionen für die Mitarbeiter des Muslimischen Seelsorgetelefons durchgeführt. Außerdem wurden alle Seelsorger mit Informationsmaterialien versorgt.

Entwicklung neuer Materialien:

Wir haben eine neue Broschüre entwickelt, die insbesondere junge Muslime als Zielgruppe anspricht. Der Schwerpunkt der Broschüre liegt auf Empowerment.

Wir haben ein Quiz erstellt zu Fragen rund um das Thema Diskriminierung. Dies wurde bereits bei mehreren Empowermentworkshops eingesetzt. Wir wählen dann immer die Fragen aus, die für die Zielgruppe geeignet sind. Das Quiz soll auch zukünftig im Rahmen der Empowermentaktivitäten genutzt werden. Eine Kurzversion wurde auch in die Broschüre aufgenommen. Außerdem wird das Quiz auf die Website gestellt.

Zudem wurden neue Plakate und Flyer entwickelt. Auch eine Power Point Präsentation zur Vorstellung des Projekts in den Moscheen durch die Hodjas wurde entwickelt.

Grassroots-Netzwerk:

Das Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen ist Partner im internationalen, vom Open Society Institute koordinierten Grassroots-Projekt „Lokale Mobilisierung – Gemeinsam gegen Bildungsungleichheit und Armut“. Es fanden mehrere bundesweite Vernetzungs- und Austauschtreffen statt. In drei deutschen Städten (Berlin, Hamburg und Köln) wurden BürgerInnenforen zum Thema „Gemeinsame Strategien gegen Bildungsungleichheit“ durchgeführt. Life e.V. hat das Projekt in Deutschland koordiniert, involviert waren außerdem Verikom e.V. (Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.), Brücken im Kiez (Stiftung Brandenburger Tor), Masjid Rahma (Hamburg), Eine Welt der Vielfalt, und Elternnetzwerk NRW.

Am 04.09.13 wurde, koordiniert von Life in Kooperation mit dem Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen ein BürgerInnenforum zum Thema „Vielfalt und Teilhabe in der Bildung“ in der Herbert-Hoover-Oberschule in Berlin-Wedding durchgeführt. In der Fachtagung beschäftigten sich die TeilnehmerInnen mit den Fragen, wie Vielfalt als

Ressource in den Schulen besser genutzt und gefördert werden kann, um SchülerInnen mit unterschiedlichen Herkünften den gleichen Zugang zur Bildung zu gewährleisten. Unterschiedliche Akteure wie SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern, Verantwortliche aus Politik und Verwaltung sowie ExpertInnen kamen zusammen, um gemeinsam auf gleicher Augenhöhe konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln. In einem nächsten Schritt wurde ein Empowermentworkshop in der Schule durchgeführt (s.o.)

Außerdem war das Netzwerk Kooperationspartner bei dem Train the trainer „Empowerment an der Schnittstelle Gender, Religion und Sexual Orientation“ (insgesamt 6 Tagen im März und August).

Am 2.8.2013 wurde ein Empowermenttraining für Muslime an der Schnittstelle Gender, Religion und Sexual Orientation durchgeführt. Wir waren an der Konzeptionierung, Methodenauswahl und Trainerauswahl beteiligt.

Im Rahmen des Grassroot Netzwerks haben wir mit anderen Partnern aus Deutschland beschlossen, eine gemeinsame Kampagne gegen Vorurteile und Diskriminierung ins Leben zu rufen. Die Kampagne „humaneyes“ stammt ursprünglich von einer Partnerorganisation in Irland. In einem ganztägigen Workshop am 9. August 2013 wurden die Details festgelegt. Es wurden Fotos entwickelt von Menschen, auf denen nur die Augenpartie abgebildet ist. Die Kampagne soll 2014 starten und interaktiv online laufen. Jugendliche können selber Bilder ändern, hinzufügen, kommentieren, über Facebook posten usw.

Beratung

Beratungsfälle werden von uns an den ADNB weitergeleitet. Es zeigt sich, dass sich inzwischen aus den unterschiedlichen Gemeinden Betroffene an den ADNB gewandt haben. Allerdings ist das Feedback aus den unterschiedlichen Gemeinden eher negativ. Die sehr lange Bearbeitungsdauer wird vor allem beklagt. Auch mit der Beratung und den Ergebnissen ist man öfter nicht zufrieden. Vielleicht haben wir zu hohe Erwartungen geweckt. Vielleicht hängt es auch damit zusammen, dass religiöse Community nicht gleich Migrantengemeinschaft ist. Das heißt, dass auch die sehr große Offenheit und Professionalität des ADNB nicht die Differenz aufhebt. Wir haben immer wieder bei der Empowermentarbeit gemerkt, dass die Religion eine enorme Wichtigkeit spielt und nicht außen vor gelassen werden kann. Ein „sich angenommen fühlen“ beinhaltet auch, dass diese religiöse Komponente auch bei der Beratung nicht außen vor gelassen wird. Auf jeden Fall ist es frustrierend und erschwert die Arbeit enorm, wenn unsere Empowerment Arbeit dadurch erschwert wird, dass immer wieder einzelne Leute während Veranstaltungen oder bei Gesprächen sagen: „ja, aber ich (oder meine Schwester, oder mein Nachbar) hat sich ja beraten lassen, und das hat gar nichts gebracht/ oder es wurde noch immer überhaupt nichts gemacht...“

Auch werden wir immer wieder angesprochen von Akteuren, die keine „offizielle“ Beratung wollen und unserer Empfehlung, den ADNB aufzusuchen nicht nachkommen. So hatten wir z.B. Gespräche mit Vertretern des Jugendamtes Neukölln (mit denen wir über die Initiative Neuköllner Frühling vernetzt sind), wie auf interne Diskriminierungen von muslimischen Pflegefamilien reagiert werden kann, oder es gab eine Anfrage der Jungen Islamkonferenz, wie auf die „Einmischung“ von Politically Incorrect reagiert werden kann (eine hetzerische islamfeindliche Website, auf der regelmäßig auch zu „Besuchen“ von Veranstaltungen aufgerufen wird).

3. Advocacy

Polizeiliche Erfassung muslimfeindlicher Hatecrimes

Nach der Durchführung eines Workshops zum Thema polizeiliche Erfassung (siehe ÖA: eigene Veranstaltungen) haben mit Vertretern des Landeskriminalamts am 11.4.2013 ein Gespräch geführt: Präsentation unserer Ergebnisse und Zahlen und Erörterung der notwendigen Entwicklungen im Bereich polizeiliche Erfassung und Dunkelfeldforschung. Die Ergebnisse des Gesprächs wurden bei einer internen Sitzung des LKA vorgetragen. Ein konkretes Ergebnis ist, dass Abschnitte der Berliner Polizei darauf aufmerksam gemacht wurden, bei Kontakten mit Moscheen/muslimischen Einrichtungen gezielt über das Präventionsangebot und die Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Berliner Polizei zu informieren.

Außerdem unterstützt das LKA die Einführung einer spezifischen Erfassung islamfeindlicher Übergriffe. Zudem haben wir unsere Forderungen im Islamforum am 5.6.2013 präsentiert. Anschließend haben wir den Innensenat kontaktiert, der in seinem Antwortschreiben den Sachverhalt dargelegt (nur gemeinsam durch alle Bundesländer auf der Innenministerkonferenz änderbar) und auf die Unterstützung unserer Forderungen durch das LKA hingewiesen hat. Das Schreiben war keine direkte, offene Unterstützung, allerdings geht aus dem Schreiben hervor (und dies wurde uns mündlich bestätigt), dass sich der Berliner Innensenator nicht dagegen aussprechen wird und auch zukünftig auf die Unterstützung durch das LKA verweisen wird, was eine indirekte Unterstützung bedeutet. Der Kriminologe Denkowski, mit dem wir bereits im vorigen Jahr auf einer Fachtagung der Deutschen Islamkonferenz das Thema gemeinsam angesprochen haben, hat es übernommen, Niedersachsens Innenministerium zu kontaktieren, um von dort Unterstützung für eine bundeseinheitliche Erfassung einzuholen. Ayman Mazyek thematisiert es gegenüber dem Innenministerium des Bundes.

Zur Unterstützung unserer Argumentation, und da wir festgestellt haben, dass unsere Gesprächspartner oft nicht informiert sind über die sehr besorgniserregenden Forschungsergebnisse zu Islamophobie in der Gesellschaft und Übergriffen auf Muslimen, haben wir auch wissenschaftliche Daten hierzu gesammelt.

Advocacy support initiative: Beschwerdemanagement/Clearingstelle

Das Open Society Institute hat Ende 2012 beschlossen, in 2013 die Bemühungen von Inssan und dem Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen, von Life und Imir zur Etablierung eines Beschwerdemanagements und als Unterpunkt davon einer Clearingstelle für Muslime zu unterstützen - nicht durch Geld aber durch Beratung und Organisation von Netzwerktreffen.

Es fanden mehrere Netzwerktreffen statt, auf denen die Vorgehensweise und die bisherigen Ergebnisse besprochen wurden. Die wichtigsten Eckpunkte dabei sind:

Durchführung eines Advocacy Trainings 6.9.- 8.9. für Vertreter von NGOs um unsere bisherigen Ergebnisse zur Diskussion zu stellen und gemeinsam das weitere strategische Vorgehen zur Errichtung eines Beschwerdemanagements im Schulbereich zu besprechen.

Die Projektkoordinatorin hat im Rahmen dieser Initiative einen Policy Brief zu Beschwerdemanagement an Schulen verfasst. Dies beinhaltet Recherche über den Forschungsstand, den rechtlichen Hintergrund, der Praxis in Berlin und die Formulierung von Handlungsoptionen. Clearingstelle soll Teil eines umfassenderen Konzepts von Beschwerdemanagement sein. Der Brief wurde sehr stark nachgefragt. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat angefragt, ob sie Auszüge aus dem Brief in ihrer für 2014 geplanten Publikation zu Handlungsoptionen gegen Diskriminierung verwenden dürfen. Professor Attia von der Alice Salomon Hochschule hat angefragt, ob sie ihn als Lehrmaterial verwenden dürfen. Auf dem Symposium der Open Society Justice Initiative "Diskriminierung an Berliner Schulen benennen: Von Rassismus zu Inklusion" wurde er verteilt und als Arbeitsgrundlage für den von uns geleiteten Thementisch verwendet.

Fachgespräch am 26.11.2013 zur Implementierung eines Beschwerdemanagements an Berliner Schulen gemeinsam mit Life e.V. in der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. (s. Öffentlichkeitsarbeit)

Weitere Aktivitäten Schulsektor - Clearingstelle

Zur Konkretisierung des Konzepts der Clearingstelle gab es mehrere Gespräche mit unserem Ansprechpartner im Bildungssenat, Herrn Reitschuster.

Der Beschwerdestelle des Senats für Bildung wurden am 7. August die Ergebnisse unseres Projekts im Schulbereich präsentiert und diskutiert. Es gab eine hohe Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der Beschwerdestelle und unseren Ergebnissen und sehr wenig Sensibilität für Diskriminierung.

Da Mediation ein Schwerpunkt einer Clearingstelle sein soll, gab es mehrere Gespräche mit Experten in diesem Bereich: Frau Haller von der Landeskommission gegen Gewalt hat das Mediationsprojekt Konfliktlotsen in Berliner Schulen eingeführt und befasst sich intensiv mit dem Thema Mediation an Schulen, kennt daher auch sämtliche Akteure und Projekte. Wir haben besprochen, wie die Idee einer Clearingstelle in das bestehende System eingegliedert und finanziert werden könnte. Darüber wurden auch Kontakte zu verschiedenen schon bestehenden kleineren Mediationsprojekten hergestellt: SIS (Seniorpartner in School), Lösen statt Streiten, Arabische Elternunion und „Streit Entknoten“, einem professionellen Mediationsdienst mit dem Schwerpunkt interkulturelle Konflikte, die u. a. Interkulturelle Mediatoren ausbilden und über große Erfahrungen an Schulen verfügen. Möglichkeiten zur professionellen Umsetzung einer Mediation mit Schwerpunkt Islam und Muslime an Schulen wurden gemeinsam erörtert und eine Zusammenarbeit vereinbart.

25.7.2013 Gespräch mit Camino über Finanzierungsmöglichkeiten und Caminos Evaluation verschiedener Mediationsprojekte in Berlin.

Mit der Stiftung GIS wurden Gespräche geführt, in wie weit eine Ausbildung der Mediatoren durch sie finanziert werden kann. Auch bei der GEW gab es eine Anfrage.

Frau Haller eruiert, inwieweit über Landeskommission ein Auftrag vergeben werden kann zur Erfassung interkultureller Projekte an Berliner Schulen, über die dann im Rahmen einer erweiterten Mediationsarbeit die Schulen informiert werden.

14. - 16.- März organisiert von der Friedrich Ebert Stiftung haben wir gemeinsam mit Vertretern weiterer NGOs und Vertretern des Bildungssenats an einer Fortbildung in Oslo zu Integration und Antidiskriminierungsarbeit im Bildungssektor teilgenommen. Hier konnten auch die weiteren Planungen zum Thema Beschwerdemanagement informell diskutiert und geplant werden.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit war 2013 sehr viel erfolgreicher als geplant. Statt der geplanten zwei Medienberichte gab es einen Bericht zum Thema Polizeiliche Erfassung Antimuslimischer Delikte und 24 Berichte in unterschiedlichen Medien zum Thema Kopftuch, an denen wir direkt oder indirekt mitgewirkt haben. Auch wurden wir immer wieder angefragt, Inputvorträge und Interviews zu geben, an Podiumsdiskussionen mitzuwirken usw. Es macht sich bemerkbar, dass das Netzwerk das einzige finanzierte Projekt gegen Diskriminierung von Muslimen oder Islamfeindlichkeit ist, es daher einen Mangel an Ansprechpartnern gibt. Auf Grund der vielen Anfragen haben wir es dann nicht mehr geschafft, die Integrationsbeiräte zu kontaktieren, wo wir das Projekt ursprünglich auch vorstellen wollten.

Medien/Publikationen:

- Gemeinsam mit dem Mediendienst Integration haben wir ein Hintergrundgespräch für Journalisten zum Thema 10 Jahre Kopftuchurteil durchgeführt. Eine Pressemappe mit allen wichtigen Informationen wurde von uns vorbereitet. Daraus sind insgesamt 24 Medienberichte erschienen, an denen wir direkt oder indirekt beteiligt waren. Und alle positiv! Es gab zwei Fernsehberichte für die wir Hintergrundwissen vermittelt und vor allem „Empowerte Betroffene“ vermittelt haben. Die Projektkoordinatorin hat an zwei Radiosendungen live teilgenommen, in mehreren Radiosendungen und Printmedien wurde die Projektkoordinatorin zitiert. An mehrere Printmedien wurden junge, „empowerte“ Frauen vermittelt, die sehr überzeugend ihren Standpunkt vertreten haben. Wir haben Telefoninterviews gegeben und Hintergrundinfos geliefert. Eine Liste der Medienberichte findet sich im Anhang.
- Unsere Pressemitteilung zum Internationalen Tag gegen Rassismus wurde von der taz aufgegriffen. Sie haben ein Interview mit der Projektkoordinatorin veröffentlicht.
- Wir haben einen Beitrag zu antimuslimischen Übergriffen in Berlin für den von apabiz publizierten Schattenbericht „Berliner Zustände“ verfasst.
- Verfassen eines Beitrags zum Tagungsband „Muslimfeindlichkeit“ der Deutschen Islamkonferenz, der vom ADNB mit einem Fallbeispiel ergänzt wurde.

Eigene Veranstaltungen:

- Vernissage mit l`Slam Präsentation der Ausstellung „Kreativ gegen Diskriminierung“ (Ergebnis aus 2012) im Kreuzberg Museum am 3.5.2013. Anschließend Ausstellung, einschließlich der Präsentation eines von uns entwickelten Videos in Dauerschleife vom 4.5. – 30.6.2013
- Vernissage und Ausstellung ebenso in der Neuköllner Begegnungsstätte (16.4. – 2.5.2013)
- Fachgespräch am 26.11.2013 zur Implementierung eines Beschwerdemanagements an Berliner Schulen gemeinsam mit Life in der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.
- Am 20.3.2013 haben wir einen Workshop zum Thema bundesweite Erfassung islamophober Vorfälle und polizeiliche Erfassung islamophober Vorfälle durchgeführt. Hieran haben Vertreter der muslimischen Dachverbände, der Kriminologe Charles von Denkowski, Reach Out und andere teilgenommen. Mit den Vertretern der Dachverbände wurde eine Strategie zur Umsetzung einer bundesweiten Erfassung erarbeitet. Zurzeit laufen die Verhandlungen zwischen Koordinierungsrat und Innenministerium hierzu. Zur polizeilichen Erfassung gab es einen Austausch und Diskussion von weiterem Vorgehen.

Inputs auf Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Präsentationen in Gremien etc.

- Inputvortrag und anschließende Diskussion auf der Veranstaltung am 30.11.2013 im Rahmen von Interkreuzhain, BVV Saal: „Muslimisch, weiblich, unterdrückt und gefährlich“ mit anschließender Diskussion. Die Veranstaltung wurde von uns gemeinsam mit der Leiterin der Akademie des Jüdischen Museums durchgeführt. http://www.interkreuzhain.de/index.php?view=detail&catid=42:rassismus-bekaempfen&id=212:muslimisch-weiblich-unterdrueckt-und-gefaehrlich&utm_source=Themen-Alert+Mediendienst+Integration&utm_campaign=d8148387cb-September+III+13+2013&utm_medium=email&utm_term=0_e43692422d-d8148387cb-67939165
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Wie im Film“ im Islamischen Museum zu islamfeindlichen Übergriffen in Deutschland, organisiert von Piranja.
- Im März wurde das Projekt auf einer Podiumsveranstaltung während der Islamwoche vorgestellt. Außerdem haben wir einen Stand zu dem Projekt während der Islamwoche gemacht, da die Veranstaltungen der Islamwoche von vielen Muslimen besucht werden.
- Teilnahme und Leitung eines Tisches des Vorbereitungstreffens der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 des Interkulturellen Rats in Frankfurt/Main. Im Rahmen der Internationalen Wochen wurden im vergangenen Jahr 1380 Veranstaltungen an 300 verschiedenen Orten durchgeführt. Ziel war die Entwicklung von Ideen wie gegen Benachteiligung vorgegangen werden kann, wie Unterstützung geboten werden kann. Vorstellung des Projekts als best practice.
- Interview mit Prof. Attia und Dr. Shooman zu Antimuslimischen Rassismus: Erfahrungen des Projekts für gemeinsames Forschungsprojekt.
- Teilnahme an dem Symposium der Open Society Justice Initiative zu Diskriminierung im Schulbereich: mehrere Vorgespräche (wir haben ihnen, erfolgreich, die Aufnahme des Themas Beschwerdemanagement vorgeschlagen). Leitung eines Thementisches zu Beschwerdemanagement.
- Nach den (teilweise negativen) Erfahrungen bei der Projektpräsentation bei der jährlichen Mitgliederversammlung Ende 2012 von amnesty international gab es 2013 mehrere Gespräche, wie wir das Thema Diskriminierung von Muslimen/ Islamfeindlichkeit gemeinsam angehen können, da offensichtlich nicht wenige amnesty Mitglieder selbst islamophob sind. Leider hat das Ganze bisher zu keinen fruchtbaren Ergebnissen geführt.
- Auch mehrere Gespräche mit Vertretern des Berliner Beirats für Integration über die Möglichkeit, unsere Ergebnisse und Forderungen im Beirat präsentieren zu können, haben trotz großem Interesse noch immer nicht zu einer Präsentation geführt.

- Wir sind der Bitte des Interkulturellen Rats nachgekommen und haben ihm Erfahrungen/Fallschilderungen mit Diskriminierung bei der Suche nach Praktikumsplätzen weitergeleitet, da der Rat dieses Problem schwerpunktmäßig behandelt.
- Präsentation unserer Arbeit und Forderungen auf einer Podiumsveranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung beim Fest der Linken, 2. Juni 2013
- Teilnahme an dem Fachgespräch der Bundesagentur für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg am 9.9.2013 zum Thema Multiplikatorenfortbildung: Themenfeld : Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamismus (im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz).
- Am 16.9.2013 haben wir an einem Expertintentreffen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zur Errichtung von Beschwerdestellen an Schulen und Hochschulen teilgenommen.
- Wir wurden auch von einer Delegation aus Süd Korea besucht. Sie haben sich über unsere Arbeitsweise und Erfahrungen erkundigt. Hintergrund ist eine sehr große muslimische Einwanderung nach Süd Korea in den letzten Jahren, wachsender Fremden/Islamfeindlichkeit und der Wunsch frühzeitig präventiv tätig zu werden.

Online:

- Die Website wurde regelmäßig aktualisiert und es wurden auch regelmäßig Beiträge auf Facebook gepostet. Die Website wurde 2013 von 2.014 unterschiedlichen Besuchern insgesamt 2.664-mal besucht und von 197 Personen geliked.
- Auf youtube haben wir den Beitrag der Slammerin Faten zu Diskriminierung hochgeladen. (Der Beitrag ist ein Ergebnis von 2012 und wurde 2013 von uns als Video produziert für youtube und Ausstellungseröffnungen, Veranstaltungen ...)

5. Sonstiges Netzwerkwerkarbeit

Die Zusammenarbeit mit den Moscheen und Verbänden in Berlin wurde in 2013 ausgebaut und hat sich sehr positiv entwickelt. Es gab zahlreiche Treffen und Besprechungen. Von Seiten der Community wurde auch der Wunsch geäußert, diese Zusammenarbeit in Zukunft noch enger zu gestalten und das Netzwerkprojekt zu einem gemeinsamen Kooperationsprojekt der muslimischen Vereine weiter zu entwickeln. Dieser Wunsch wird von unserer Seite begrüßt und unterstützt. Wir würden es begrüßen, wenn dies in 2014 vorbereitet wird, um das Netzwerk ab 2015 als Kooperationsprojekt der Community - z. B. der im Islamforum aktiven Vereine durchzuführen. Dies würde auch das Engagement der Moscheen für das Projekt weiter stärken und wäre daher eine sehr positive Entwicklung. Die Kopplung an die

Mitgliedschaft im Islamforum wäre eine Option, die auch eine Aufwertung des Islamforums bedeuten würde, das ja auch für den Senat von großer Bedeutung ist.

Wir stehen in Austausch mit dem Zentralrat, Vertretern der Rechtsabteilung des Bundesverbandes der IGMG, und dem Koordinierungsrat, um Kernelemente unseres Projekts auch auf Bundesebene einzuführen. Das weitere Vorgehen wurde auf einem gemeinsamen Workshop erörtert. Zwischendurch gab es auch Einzelgespräche. Es gibt inzwischen ein Beratungsbüro in Köln. Der Zentralrat hat auch Gelder beim Innenministerium beantragt. Die Zusammenarbeit ist aber noch entwicklungsfähig ;-).

Im März fand ein Treffen mit einem Vertreter von Reach Out statt über Datenaustausch und Kooperationsmöglichkeiten. In dem Gespräch wurde besprochen, dass wir die eingehenden Hatecrimes an Reach Out weitergeben und Reach Out die Fälle, die Muslime betreffen, an das Netzwerk weitergibt. Allerdings gab es danach keinen weiteren Austausch.

Wir sind Mitglied des „Iman Projekts“, eines europäischen Netzwerks gegen Diskriminierung von Muslimen und Islamophobie. Kernelemente sind die einheitliche Erfassung, Austausch und Öffentlichkeitsarbeit. www.iman-project.org. Das Projekt begann 2013 und es gab ein erstes Netzwerktreffen in Brüssel im September. Unser Registrierungssystem haben wir zu diesem Zweck auf Englisch übersetzt und dem Netzwerk zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Advocacy für eine Clearingstelle/Beschwerdemanagement an Schulen haben wir ein weiteres Netzwerk aufgebaut. Insbesondere mit dem Bildungsträger Life e.V. und Imir, Hamburg haben wir sehr eng kooperiert im Rahmen der vom OSI unterstützten „advocacy support initiative“.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Projekt im Bereich Empowerment vielfältige Angebote unterbreiten konnte, die Nachfrage und der Bedarf damit aber nicht annähernd gedeckt wurden. Die Öffentlichkeitsarbeit war über Erwarten erfolgreich. Auch die Netzwerke des Projekts und die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren konnten sehr gut ausgebaut werden. Für die Etablierung von Antidiskriminierungsstrukturen im Schulbereich ist sehr vieles getan und erreicht worden, allerdings fehlt es letztlich noch immer an Finanzierungsmöglichkeiten.

Und am wichtigsten ist, dass die Zusammenarbeit mit den Moscheen und muslimischen Vereinen gestärkt werden konnte und eine gute Basis für die künftige Zusammenarbeit existiert.